

## Leserbefragung:

Damit wir noch besser auf Ihre Bedürfnisse eingehen können, möchten wir die Leserinnen und Leser der elektronischen Ausgabe der ZEWnews um ihre Meinung zur Publikation bitten. Füllen Sie hier die Lesenumfrage direkt am Bildschirm aus. Sie benötigen nur wenige Minuten. Wir bedanken uns für Ihre Unterstützung.

[www.zew.de/ZEWnewsLeserumfrage2009](http://www.zew.de/ZEWnewsLeserumfrage2009)

## Chemie verliert bei Innovation an Boden

Die Chemieindustrie ist von herausragender Bedeutung für das Innovationssystem moderner Industriegesellschaften. Sie ist die mit Abstand wichtigste Quelle für Neuerungen in der Material- und Werkstofftechnologie und versorgt viele andere Industriebranchen mit innovativen Materialien. Deutschland, das traditionell auf Chemieforschung und Chemieindustrie spezialisiert ist, fällt sowohl bei der wissenschaftlichen Dynamik als auch bei den FuE-Aufwendungen zurück. Dies ist zentrales Ergebnis einer aktuellen Studie, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) im Auftrag des Verbands der Chemischen Industrie (VCI) durchgeführt hat.

Die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen im Fachgebiet Chemie stieg in den Jahren 2000 bis 2007 besonders stark. Die im Science Citation Index erfassten Fachveröffentlichun-

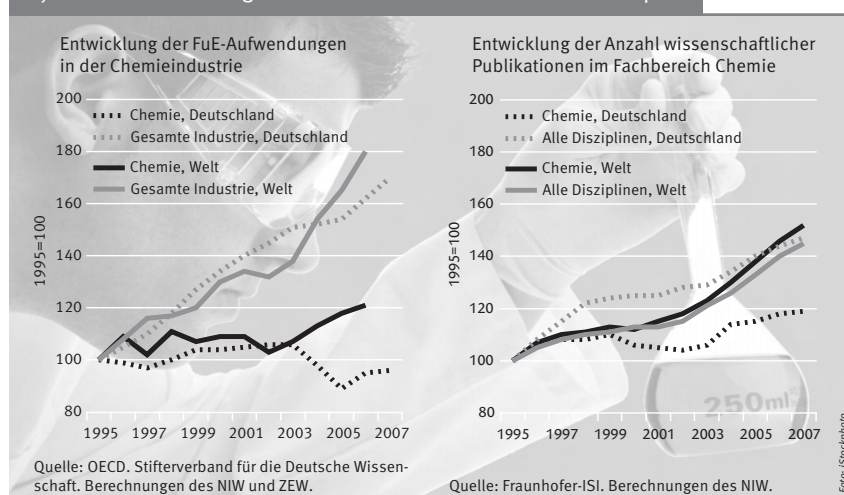
gen im Bereich Chemie nahmen weltweit mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 4,5 Prozent zu, während sich der Publikationsoutput in Summe aller Wissenschaftsdisziplinen um 3,6 Prozent pro Jahr erhöhte. Einen maßgeblichen Anteil an dem Publikationszuwachs haben die aufstrebenden Schwellenländer, allen voran China, Indien und Korea.

ren 1995 bis 2000 gewesen sein. Damals wurde die Zahl der Wissenschaftlerstellen pro Jahr um vier Prozent verringert. Ab 2000 kam es wieder zu einem schwachen Personalaufwuchs, ab 2004 nahmen auch die Publikationszahlen der deutschen wissenschaftlichen Chemieforschung wieder zu.

### Input für Innovationen

Die Forschungsergebnisse der Wissenschaft sind ein wichtiger Input für Innovationen in der industriellen Chemie. In den Jahren 2005 bis 2007 hat jedes zweite Chemieunternehmen in Deutschland bei der Entwicklung und Einführung von Innovationen mit Wissenschaftseinrichtungen zusammengearbeitet. Dabei wird vor allem mit inländischen Einrichtungen kooperiert. Gerade einmal zwei Prozent der mit der Wissenschaft koope-

### Dynamik der FuE-Ausgaben und des wissenschaftlichen Outputs



blieb mit 1,7 Prozent nicht nur hinter dem der Vereinigten Staaten (+2,7 Prozent) zurück, er lag auch unter dem Publikationswachstum in Summe aller Wissenschaftsdisziplinen in Deutschland (+2,3 %). Ein Grund für das schwache Abschneiden deutscher Fachpublikationen im Bereich Chemie kann der Personalabbau an den Chemieinstituten der deutschen Hochschulen in den Jah-

ren 1995 bis 2000 gewesen sein. Damals wurde die Zahl der Wissenschaftlerstellen pro Jahr um vier Prozent verringert. Ab 2000 kam es wieder zu einem schwachen Personalaufwuchs, ab 2004 nahmen auch die Publikationszahlen der deutschen wissenschaftlichen Chemieforschung wieder zu.

### IN DIESER AUSGABE

Chemie verliert bei Innovation an Boden .....	1
Die wichtigsten Handlungsfelder der neuen Bundesregierung .....	2
ZEW-Experiment: Spendenbereitschaft steigt mit Alter, Einkommen und Bildung .....	3
Wirtschaftskrise erfasst Start-Ups .....	4
Die Einkommenssteuer wird durch einen Stufentarif nicht automatisch niedriger .....	5
Ältere und Hochqualifizierte verbleiben länger im Unternehmen .....	6
Autofahrer akzeptieren zum Klimaschutz Preisaufläge für CO <sub>2</sub> -arme Fahrzeuge .....	7
Nachgefragt: Wieviel Staat braucht der Klimaschutz? .....	8
Deutsche Unternehmen sollten mehr in Forschung und Entwicklung investieren .....	9
Erste RecapNet-Konferenz am ZEW .....	10
Wirtschaftspolitik aus erster Hand .....	11
Dritte Konferenz des Leibnitznetzwerks „Nicht-kognitive Fähigkeiten“ .....	13
ZEW intern .....	14
Daten und Fakten .....	15
Standpunkt .....	16

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

rierenden Unternehmen arbeiten ausschließlich mit ausländischen Wissenschaftseinrichtungen zusammen, während zwei Drittel nur Wissenschaftspartner aus dem Inland haben. Vor diesem Hintergrund könnte die hohe Dynamik bei den wissenschaftlichen Forschungsergebnissen in der Chemie eine – entsprechend zeitlich verzögerte – Dynamik bei der industriellen Forschung und Entwicklung (FuE) erwarten lassen. Davon ist bislang jedoch noch nichts zu sehen.

Die weltweiten FuE-Aufwendungen der Chemieindustrie lagen nominell im Jahr 2006 nur um 20 Prozent über dem Niveau von 1995. Das entspricht einem Jahreswachstum von im Schnitt 1,7 Prozent. In Deutschland blieben sie sogar unter diesem Wert. Dem steht ein Trend zu steigenden FuE-Budgets in der Industrie insgesamt gegenüber. Weltweit erhöhten sich die FuE-Aufwendungen der Industrieunternehmen in den Jahren

2000 bis 2007 um 5,5 Prozent pro Jahr, in Deutschland immerhin noch um 4,5 Prozent. Die schwache FuE-Dynamik in der Chemieindustrie kann verschiedene Ursachen haben. Ein Grund mag sein, dass sich die weltweite Nachfrage nach Chemiewaren in Richtung aufstrebende Schwellenländer verschiebt. Damit ist auch ein besonders starker Nachfrageanstieg für wenig forschungsintensive Chemiewaren (Bauchemie, Kunststoffe) verbunden. Darüber hinaus profitiert die Chemieindustrie wenig von der dynamischen Innovationsnachfrage in den wissensintensiven Dienstleistungen. Schließlich lassen noch in vielen neuen Technologiefeldern, etwa in der Nanotechnologie oder der weißen Biotechnologie, die großen Durchbrüche auf sich warten.

Diese Entwicklung stellt eine Herausforderung für den Innovationsmotor Chemie am Standort Deutschland dar:

- Eine geringe Ausweitung des Inno-

vationspotenzials bedeutet, dass preisliche Wettbewerbsfaktoren an Bedeutung gewinnen.

- Für die Erschließung neuer Innovationsfelder etwa im Energie- und Umweltbereich sind deutlich erhöhte Forschungsanstrengungen notwendig.
- Einige Schwellenländer wie Korea und China erhöhen ihre wissenschaftlich-technologischen Kapazitäten in der Chemie rasant und werden mittelfristig zu ernsthaften Wettbewerbern bei Forschung und Innovation.

Damit die Chemieindustrie am Standort Deutschland langfristig wettbewerbsfähig bleibt, ist eine weitere Spezialisierung auf innovationsintensive Chemiesparten und -produkte notwendig. Hierfür sind aber höhere Investitionen in FuE erforderlich.

Die vollständige Studie finden Sie unter: [www.zew.de/projekt813](http://www.zew.de/projekt813)

Dr. Christian Rammer, [rammer@zew.de](mailto:rammer@zew.de)

## Die wichtigsten Handlungsfelder der neuen Bundesregierung

*Steuern und Finanzen sind das mit Abstand wichtigste Handlungsfeld der neuen Bundesregierung. Es folgen das Gesundheitswesen, der Bildungsbereich sowie Arbeitsmarkt und Soziales. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim unter 262 Finanzmarktexperten im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests.*

Vor die Entscheidung gestellt, das Feld mit dem derzeit größten Handlungsbedarf für die deutsche Politik zu benennen, waren sich rund 38 Prozent der Experten einig, dass dies nur der Bereich Steuern und Finanzen sein könne. Etwa 21 Prozent der Experten geben dagegen weiteren Reformen im Gesundheitswesen oberste Priorität, während Bildung sowie Arbeit und Soziales mit jeweils 13 Prozent gleich auf liegen. So gut wie keiner der Experten räumt derzeit Handlungsfeldern wie beispielsweise Außenpolitik, Verkehr oder Sicherheit einen Platz ganz oben auf der Prioritätenliste ein.

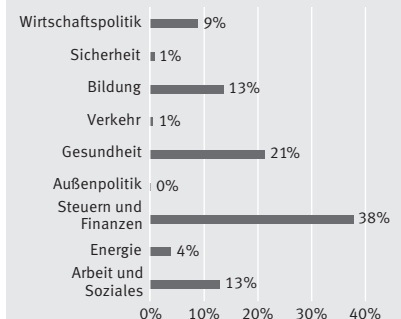
Auch wenn eine klare Mehrheit der Experten Steuern und Finanzen für das wichtigste Handlungsfeld der Regierung hält, stoßen bestimmte Maßnahmen wie etwa die Steuersenkungspläne der neuen Regierung auf Ablehnung.

### Skepsis gegenüber Steuerplänen

Gut 48 Prozent der befragten Finanzmarktexperten halten Steuersenkungen angesichts der konjunkturellen und finanzpolitischen Lage für nicht sinnvoll. Nur 35 Prozent begrüßen sie. Dennoch sind fast 50 Prozent der Befragten davon überzeugt, dass die neue Koali-

### Handlungs- und Reformbedarf

In welchem Bereich sehen Sie den größten Handlungs- und Reformbedarf für die neue schwarz-gelbe Bundesregierung? (Zwei Angaben möglich)



tionsregierung ihre Steuerversprechen wahr machen wird. Nur knapp 30 Prozent erwarten, dass die Steuern nicht gesenkt werden.

Matthias Köhler, [koehler@zew.de](mailto:koehler@zew.de)

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# ZEW-Experiment: Spendenbereitschaft steigt mit Alter, Einkommen und Bildung

*Kleine gemeinnützige Organisationen werden eher mit Spenden bedacht als große, finanzstarke Wohltätigkeitsorganisationen. Die Bereitschaft, Geld für einen guten Zweck zu spenden, steigt mit zunehmendem Alter, höherer Bildung und höherem Einkommen. Auch die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft wirkt sich positiv auf die Spendenbereitschaft aus. Dies sind Ergebnisse eines ökonomischen Laborexperiments am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), an dem sich 223 Personen im Alter von 18 bis 75 Jahren beteiligten.*



67 Prozent der Teilnehmer am ZEW-Experiment spendeten für gemeinnützige Zwecke.

Das Experiment zum Spendenverhalten wurde im Juli dieses Jahres am ZEW durchgeführt. Alle Teilnehmer beantworteten einen Fragebogen, mit dem verschiedene soziodemographische Charakteristika, die jeweiligen Spendengewohnheiten sowie Einschätzungen zur eigenen Stellung innerhalb der Gesellschaft und zur Rolle des Staates abgefragt wurden. Darüber hinaus waren die Testpersonen aufgefordert, nach Erhalt ihrer Entschädigung von 40 Euro für die Teilnahme an dem Experiment zu entscheiden, ob und wie viel dieses Betrags sie einem von vier vorgegebenen wohltätigen Zwecken spenden möchten. Als Spendenzwecke standen die Behindertenhilfe, die Entwicklungshilfe, die medizinische Forschung und der Tierschutz zur Wahl, wobei die Teilnehmer zum Zeitpunkt der Spendenentscheidung nur die Spendenzwecke und

nicht die Namen der Spendenorganisationen erfuhren. Überdies konnte die Hälfte der Testpersonen neben dem Spendenzweck auch angeben, ob sie lieber einer kleinen oder einer großen Spendenorganisation Geld zukommen lassen wollte. Als klein gelten dabei Organisationen, deren Einnahmen zwischen 40.000 und 300.000 Euro pro Jahr liegen. Große Wohltätigkeitsorganisationen dagegen sind Institutionen, die zwischen fünf und elf Millionen Euro Jahreseinnahmen erzielen.

## Kleine Organisationen bevorzugt

Insgesamt spendeten die Teilnehmer des Experiments 1.225 Euro, wobei 33 Prozent der Testpersonen nicht spendeten. 21 Prozent der Teilnehmer spendeten für die Behindertenhilfe, 18 Prozent für Entwicklungshilfe und 17 Prozent für die medizinische Forschung. Elf Prozent spendeten für den Tierschutz. Ferner zeigte das Experiment, dass die Testpersonen kleine Spendenorganisationen gegenüber größeren bevorzugten. Kleine Spendenorganisationen mit relativ geringen Einnahmen erhielten von den Probanden zwar keine höheren Spendensummen, wurden aber in 73 Prozent der Fälle und damit signifikant häufiger gewählt. Dies könnte mit der exponierten Stellung der Wohlfahrtsverbände bei der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen in Deutschland zusammenhängen. Da diese überwiegend öffentlich finanziert werden, nehmen die Teilnehmer Organisationen mit relativ hohen Einnahmen möglicherweise

als weniger „bedürftig“ wahr und spenden deshalb eher an kleinere Organisationen. Dieses Schema lässt sich für alle vier Spendenzwecke beobachten.

## Menschen mit starker Fairness-Präferenz spenden großzügiger

Schließlich wurden gewisse Fairness-Präferenzen der Teilnehmer mit Hilfe des so genannten Diktatorspiels ermittelt. In diesem entschieden sich die Teilnehmer – völlig rechenschaftsfrei und damit quasi in diktatorischer Manier – ob und wie sie zusätzliche 20 Euro zwischen sich und einem anderen zufällig ausgelosten Teilnehmer, der diese 20 Euro nicht erhalten hatte, aufteilen möchten. Ziel hierbei war, individuelle Präferenzen für eine faire Verteilung zu ermitteln, die nicht im Rahmen von Befragungen erhoben werden können. Es zeigte sich, dass Probanden, die bereit waren, das Geld zu teilen, mehr Geld für einen gemeinnützigen Zweck spendeten.

Ein weiteres Ergebnis des Experiments war, dass Teilnehmer mit zunehmendem Alter, höherem Bildungsgrad und höherem Einkommen eine höhere Spendenbereitschaft an den Tag legten. Des Weiteren konnte bei Teilnehmern ohne Religionszugehörigkeit eine geringere Spendentätigkeit als bei den übrigen Teilnehmern beobachtet werden.

Das Experiment ist die deutschlandweit erste Untersuchung, in der Teilnehmer reale Spendenentscheidungen trafen und gleichzeitig potenzielle Determinanten des Spendenverhaltens erhoben wurden. Im Gegensatz zu Umfragen, in denen die Teilnehmer nur auf hypothetische Fragen antworten, vermittelt diese Methode den Teilnehmern Anreize, ihre wahre Spendenbereitschaft offen zu legen.

Sarah Borgloh, [borgloh@zew.de](mailto:borgloh@zew.de)  
Astrid Dannenberg, [dannenberg@zew.de](mailto:dannenberg@zew.de)  
Bodo Aretz, [aretz@zew.de](mailto:aretz@zew.de)

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Wirtschaftskrise erfasst Start-Ups

*Die Finanz- und Wirtschaftskrise verschont Gründungen und junge Unternehmen nicht: Knapp 48 Prozent der jungen Unternehmen in Deutschland geben an, im Frühsommer 2009 von negativen Folgen der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise betroffen zu sein. Sie spüren insbesondere eine rückläufige Auftragslage sowie Umsatz- und Gewinneinbrüche. Dies sind Ergebnisse der zweiten Befragungswelle des KfW/ZEW-Gründungspanels, das Unternehmensgründungen ab ihrem Gründungszeitpunkt verfolgt und ihre Entwicklung im Zeitverlauf erfasst.*



*Die wirtschaftlichen Aktivitäten junger Unternehmen entwickelten sich 2008 wenig dynamisch.*

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die wirtschaftlichen Aktivitäten junger Unternehmen in Deutschland im Jahr 2008 spürbar reduziert haben. Die Unternehmensgründungen führten zu geringerer Beschäftigung und die Innovationsaktivitäten ließen im Vergleich zu 2007 nach. Im Jahr 2008 wurden durch die Gründungen rund 410.000 vollzeitäquivalente Arbeitsplätze geschaffen. Dies bedeutet im Vergleich zu 2007 einen Rückgang des direkten Bruttobeschäftigungseffekts von 110.000 Arbeitsplätzen. Dieser Rückgang hat seine Ursache in der sich 2008 fortsetzenden rückläufigen Gründungstätigkeit, ist aber auch auf die geringere Größe der neuen Unternehmen von durchschnittlich zwei vollzeitäquivalenten Arbeitsplätzen (inklusive Gründungsperson) zurückzuführen. Im Jahr 2007 lag diese noch bei 2,5 Arbeitsplätzen. Junge Unternehmen, die ihre ersten Lebensjahre erfolgreich gemeistert haben, sind im Durchschnitt auch im Jahr 2008 gewachsen und konnten so einen positiven Beitrag zur Beschäftigung leisten. Allerdings wachsen 44 Prozent der neuen Unternehmen

nicht und haben auch vier Jahre nach ihrer Gründung neben den Gründerpersonen keine weiteren Beschäftigten.

## Weniger Innovationsaktivitäten

Insgesamt 16 Prozent der 2008 gegründeten Unternehmen haben bis zum Zeitpunkt der Befragung 2009 ein Produkt oder eine Dienstleistung als erster Anbieter auf ihrem Markt eingeführt. Im Vergleich zur Gründungskohorte 2007 bedeutet dies einen Rückgang um drei Prozentpunkte. Die rückläufigen Inno-

vationsaktivitäten spiegeln sich im Anteil der Unternehmen mit Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten wider. Lag 2007 der Anteil der bis zu zwei Jahre alten Unternehmen mit FuE-Aktivitäten bei noch 16 Prozent, sank er 2008 auf 12 Prozent. Knapp ein Viertel der jungen Unternehmen konnte 2008 Innovationsprojekte wie geplant umsetzen. Ursächlich sind neben schlechteren Geschäftsaussichten vor allem die verschärften Finanzierungsbedingungen.

Der größte Teil der jungen Unternehmen investierte 2008 weniger als 10.000 Euro. Rund 70 Prozent der Unternehmen investieren in den ersten Jahren ihres Bestehens wiederholt in den Aufbau oder die Erneuerung ihrer Kapazitäten. Die Finanzierung der Investitionen bei den 2008 gegründeten Unternehmen erfolgt zu 76 Prozent über externe Mittel von Seiten der Gründer oder externer Kapitalgeber. Erst mit zunehmendem Alter können junge Unternehmen verstärkt auf unternehmensinterne Mittel aus Umsätzen oder Gewinnrücklagen zurückgreifen. Knapp ein Drittel aller befragten Unternehmen gibt an, dass sie ihre geplanten Investitionen für 2008 nicht im gewünschten Ausmaß realisieren konnten. Hauptursachen sind eine unzureichende Finanzierung und eine Verschlechterung der Geschäftsaussichten. Vor allem die innovativen und jüngst gegründeten Unternehmen berichten über Finanzierungsschwierigkeiten.

*Helmut Fryges, [fryges@zew.de](mailto:fryges@zew.de)*

**Das KfW/ZEW-Gründungspanel** ist eine von KfW Bankengruppe, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Verband der Vereine Creditreform im Jahr 2008 neu geschaffene Erhebung zur Erforschung von Unternehmensgründungen. Etwa 6.000 Start-Ups werden jährlich befragt. Erhoben werden sowohl Merkmale der Gründerpersonen als auch Indikatoren der Unternehmensstruktur, der Unternehmensentwicklung und der strategischen Ausrichtung der jungen Unternehmen. Die Stichprobe setzt sich zusammen aus Unternehmen des High-tech Sektors und Unternehmen aus nicht-technologieintensiven Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors sowie Gründungen des Baugewerbes und des Handels. Von Mai bis August 2009 wurde erstmals eine Wiederholungsbefragung durchgeführt.

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Die Einkommensteuer wird durch einen Stufentarif nicht automatisch niedriger

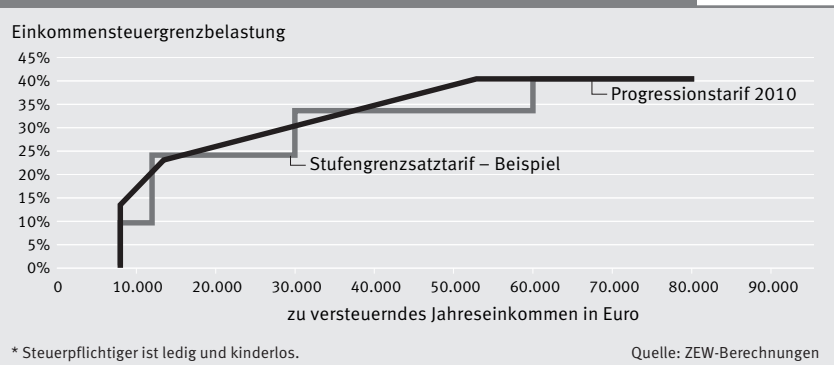
In ihrem Koalitionsvertrag haben sich CDU, CSU und FDP darauf verständigt, private Einkommen möglichst ab 2011 nach einem so genannten Stufentarif zu besteuern. „Einfach, niedrig und gerecht“ soll das Steuersystem werden. Wie schlägt sich der angedachte Tarif unter dieser Zielvorgabe?

In nur zwei Sätzen kündigen Union und FDP die neue Tarifstruktur in ihrem Koalitionsvertrag an: „Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbau abflachen, indem wir den Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen. Zahl und Verlauf der Stufen werden unter Berücksichtigung dieses Zieles entwickelt.“ Es geht bei dieser Koalitionsvereinbarung allein um den Tarif, nicht um die mit ihm multiplizierte Bemessungsgrundlage. Innerhalb der jeweiligen Stufe bleibt der Steuersatz gleich, zwischen den Stufen steigt er jedoch an. Somit ist er in Teilbändern proportional, in der Summe jedoch progressiv. Die Grafik zeigt auch den aktuellen progressiven Tarif. Ist die Besteuerung nach dem Stufentarif im Vergleich nun einfacher, niedriger und gerechter? Die Tarifanwendung wird jedenfalls einfacher. Bei bekanntem zu versteuerndem Einkommen lässt sich

die Steuerlast sofort errechnen. Wer im hier grafisch veranschaulichten Beispiel über ein zu versteuerndes Einkommen

komplexer. Dessen Formeln (§32a EStG) erschweren eine intuitive Abschätzung, was die nächste Gehaltserhöhung steuerlich bedeutet. Die Einfachheit des neuen Tarifs relativiert sich allerdings, je mehr Stufen zum Einsatz kommen. Die vielen Details der Einkommensermittlung bleiben zudem bestehen.

## Einkommensteuerbelastung für verschiedene Jahreseinkommen\*



von 15.000 Euro verfügt, zahlt nach dem Stufentarif keine Steuer auf die ersten 8.000 Euro, zehn Prozent auf die folgenden 3.000 Euro und 25 Prozent auf die übrigen 4.000 Euro. Die Steuerlast beträgt somit 300 plus 1.000 gleich 1.300 Euro. Mit dem derzeit geltenden Progressionstarif ist die Berechnung

Gerechtigkeit ist schwer zu messen. Grundsätzlich könnte „einfacher“ automatisch auch „gerechter“ sein, da die Diskriminierung Unwissender, die sich keine Steuerberatung leisten können, abnimmt. Angesichts unverändert komplexer Bemessungsgrundlagenermittlung trägt dieses Argument indessen nur bedingt. Gutverdienende haben weiterhin überproportional Steuern zu zahlen. Ihr Wunsch nach proportionaler Lastenverteilung gemäß einer „Flat Tax“, die Einkommen unabhängig von seiner Höhe einem einheitlichen Steuersatz unterwirft, wird nicht erfüllt.

Ist die Steuerbelastung im Stufentarif niedriger als in der heutigen Progression? Die Tarifstruktur alleine lässt darauf noch keine Antwort zu. Es hängt von der Anzahl und insbesondere der Höhe der Stufen ab, ob in Summe eine Entlastung entsteht. Indessen lässt die Absichtserklärung, wozu der Stufentarif genutzt werden soll, eine entlastende Umsetzung vermuten.

Daniel Dreßler, [dressler@zew.de](mailto:dressler@zew.de)

## ZEW INTERN

## ZEW-Wissenschaftler erhält Preis der DIA



Dr. Felix Schindler wurde im Oktober 2009 an der Universität Freiburg für seine hervorragende Dissertation mit dem Titel „Immobilienaktienmärkte – Eine globale Analyse ihres Kapitalmarktverhaltens“ mit dem Förderpreis der Deutschen Immobilien-Akademie (DIA) ausgezeichnet. Die Dissertation untersucht die Informationseffizienz und das Volatilitätsverhalten von Immobilienaktienmärkten. Ferner steht die Analyse der kurz- und langfristigen Diversifikationspotenziale eines international ausgerichteten Immobilienaktienportfolios im Mittelpunkt der Arbeit. Dr. Felix Schindler ist seit März 2009 im Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ am ZEW tätig. Sein Forschungsschwerpunkt ist die empirische Analyse internationaler Immobilienmärkte.

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Ältere und Hochqualifizierte verbleiben länger im Unternehmen

*Branchen, Betriebe und verschiedene Mitarbeitergruppen zeichnen sich durch große Unterschiede bei der durchschnittlichen Dauer der Betriebszugehörigkeit der Mitarbeiter aus. Bisher war allerdings nicht klar, ob es eher die Unterschiede zwischen Beschäftigten oder zwischen Betrieben und Branchen sind, die diese Heterogenität verursachen. Unter Berücksichtigung individueller und betrieblicher Charakteristika untersucht eine Forschungsarbeit des ZEW die Determinanten der Beschäftigungsdauer in Deutschland.*

Als Datengrundlage der ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 08-116) dienen die verknüpften Betriebs- und Beschäftigtendaten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Sie enthalten einerseits Informationen aus einer jährlichen, repräsentativen Betriebsbefragung und andererseits Informationen aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dieser Betriebe aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Mit diesen Daten ist es möglich, die Verweildauer jedes einzelnen Mitarbeiters innerhalb eines Betriebes zu berechnen. Für die

andere familiäre Zusammenhänge berücksichtigt werden müssten.

## Angestellte sind mobiler

Die Berechnungen des ZEW zeigen, dass über 50 Prozent der neu begonnenen Beschäftigungsverhältnisse nach zwei Jahren wieder beendet sind. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den Beschäftigten. So haben zum Beispiel Arbeitnehmer mit Berufsabschluss und Akademiker, sowie ältere Arbeitnehmer längere Beschäftigungsdauern als niedrig qualifizierte und junge Ar-

gleich zu Angestellten eher in Betrieben mit langen Beschäftigungsdauern beschäftigt.

## Betriebsrat nutzt Arbeitern

Zwischen Betrieben gibt es ebenfalls erhebliche Unterschiede. So ist zum Beispiel in Betrieben, die in Informations- und Kommunikationstechnologien investieren, die Beschäftigungsdauer rund zehn Prozent länger. Betriebsräte und Weiterbildungsangebote wirken sich vor allem auf die Beschäftigungsstabilität von Arbeitern positiv aus, aber nicht auf die von Angestellten. So haben westdeutsche Arbeiter in Betrieben mit Betriebsrat 20 Prozent längere Beschäftigungsdauern als westdeutsche Arbeiter in Betrieben ohne Betriebsrat. Westdeutsche Angestellte haben in diesen Betrieben hingegen eine um fast 30 Prozent niedrigere Betriebszugehörigkeit. In Ostdeutschland haben nur qualifizierte Arbeiter 25 Prozent längere Beschäftigungsdauern in Betrieben mit Betriebsrat, alle anderen Beschäftigten weisen keine Unterschiede auf. In Westdeutschland weisen Arbeitnehmer mit einem Berufsbildungsabschluss aber ohne Hochschulabschluss rund 17 Prozent längere Beschäftigungsdauern auf, wenn sie in einem Betrieb arbeiten, der seinen Beschäftigten Weiterbildungsangebote macht. Für Akademiker haben Weiterbildungsangebote dagegen keinen Effekt auf die Betriebszugehörigkeit.

Zusammenfassend kann man festhalten, dass betriebliche wie individuelle Charakteristika die Betriebszugehörigkeit erklären können. Ferner zeigt die Analyse, dass Arbeitnehmer je nach bestimmten Charakteristika Betriebe mit unterschiedlichen Verweildauern bevorzugen.

Susanne Steffes, [steffes@zew.de](mailto:steffes@zew.de)



*Besonders Arbeiter profitieren von Betriebsräten und Weiterbildungsangeboten im Unternehmen.*

Analysen wurden alle männlichen Mitarbeiter herangezogen, die zwischen 1996 und 2001 eine Tätigkeit bei einem der beobachteten Betriebe begonnen haben. Frauen sind nicht in die Untersuchung einbezogen, da in ihren Erwerbsbiografien häufig Kinder oder

beitnehmer. Berücksichtigt man die Heterogenität zwischen Betrieben, bleiben die meisten Unterschiede zwischen den Beschäftigungsgruppen bestehen, teilweise verstärken sie sich sogar. Dies ist ein Hinweis auf bestehende Sortierungseffekte. So sind Arbeiter im Ver-

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Autofahrer akzeptieren zum Klimaschutz Preisaufschläge für CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge

Die Autofahrer in Deutschland sind bereit, für CO<sub>2</sub>-ärmere Autos tiefer in die Tasche zu greifen. Im Schnitt akzeptieren sie beim Autokauf einen Preisaufschlag von 68 Euro für jedes Gramm CO<sub>2</sub>, das ein Pkw pro Kilometer weniger ausstößt. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie (Discussion Paper Nr. 09-058) des ZEW, in der die Zahlungsbereitschaft für CO<sub>2</sub>-arme Autos untersucht wurde.



Für den Klimaschutz greifen Autofahrer in Deutschland tief in die Tasche.

Die Europäische Kommission hat verbindlich festgelegt, dass ab dem Jahr 2015 für alle in der EU neu zugelassenen Pkws ein durchschnittlicher Emissionsgrenzwert von 120 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer eingehalten werden muss. Derzeit stoßen in der EU zugelassene Neuwagen im Schnitt noch gut 153 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer aus. Die Autohersteller müssen somit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Fahrzeuge in den nächsten Jahren im Schnitt um 33 Gramm pro Kilometer vermindern – sonst drohen Bußgelder.

Die Entwicklung CO<sub>2</sub>-armer Autos kostet die Automobilunternehmen viel Geld. Dies wird sich vermutlich in höheren Kaufpreisen für Neuwagen niederschlagen. Die zentrale Frage ist, zu welchem Anteil die Hersteller die höheren Kosten auf die Verbraucher überwälzen können, ohne sie vom Kauf CO<sub>2</sub>-armer Autos abzuschrecken. Das ZEW hat die Zahlungsbereitschaft für CO<sub>2</sub>-arme Autos mit Hilfe eines computergestützten Pkw-Kaufexperiments analysiert. Rund

600 Männer und Frauen aller Altersstufen, Einkommens- und Bildungsklassen, die in absehbarer Zeit ein neues Auto kaufen möchten und einen Führerschein besitzen, konnten in dem Experiment unter verschiedenen Pkws wählen. Diese unterschieden sich unter anderem hinsichtlich des Kaufpreises, der Treibstoffkosten pro 100 Kilometer, der Motorleistung und der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Welchen Preisaufschlag die Konsumenten für die Einsparung eines zusätzlichen Gramms CO<sub>2</sub> pro Kilometer zu zahlen bereit sind, konnte anhand der Wahlentscheidungen zwischen immer wieder neu zusammengestellten Fahrzeugalternativen ermittelt werden.

Es zeigte sich, dass die Testpersonen für einen Pkw, der pro Kilometer ein Gramm CO<sub>2</sub> einspart, einen Preisaufschlag von durchschnittlich 68 Euro akzeptieren. Bei 33 Gramm CO<sub>2</sub>, die im Schnitt pro gefahrenem Kilometer bei Neuwagen eingespart werden müssten, um bis 2015 die dann geltenden EU-

Grenzwerte zu erreichen, bedeutet das, dass die deutschen Autokäufer bereit wären, insgesamt rund 2.200 Euro zusätzlich für den Neukauf eines CO<sub>2</sub>-armen Pkws auszugeben.

## Frauen und Jüngere zeigen höchste Zahlungsbereitschaften

Abhängig von Geschlecht, Alter und Bildungshintergrund ist die Zahlungsbereitschaft sehr unterschiedlich. So achten Frauen stärker auf die Klimafreundlichkeit eines Pkws und sind entsprechend geneigt, für eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um ein Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer im Schnitt 87 Euro zusätzlich zu bezahlen. Das sind 27 Euro mehr als die in der Studie befragten Männer auszugeben bereit sind. Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen Jüngeren und Älteren. Testpersonen unter 45 Jahren akzeptieren einen Preisaufschlag von durchschnittlich 91 Euro. Die über 45jährigen dagegen waren nur bereit, 36 Euro für die Vermeidung von einem Gramm CO<sub>2</sub> auf den Kilometer zu bezahlen. Testpersonen mit Abitur zeigten eine um 21 Euro höhere Zahlungsbereitschaft als solche ohne Abitur.

Die Zahlungsbereitschaft für CO<sub>2</sub>-arme Autos dürfte in der Realität sogar höher ausfallen als die im Experiment geschätzten 2.200 Euro. Dies liegt daran, dass im Experiment ein geringer CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht automatisch an niedrige Treibstoffkosten gekoppelt war. Da aber benzin- und dieselbetriebene Pkws den Markt dominieren und für fossile Treibstoffe eine CO<sub>2</sub>-Reduktion stets mit geringerem Spritverbrauch einher geht, können die Verbraucher bei CO<sub>2</sub>-armen Fahrzeugen auch mit geringeren Treibstoffkosten rechnen. Wahrscheinlich werden die Käufer dieses Einsparpotenzial mit in ihre Preiskalkulation für einen emissionsarmen Pkw einbeziehen.

Martin Achtnicht, [achtnicht@zew.de](mailto:achtnicht@zew.de)

Nachgefragt: Wieviel Staat braucht der Klimaschutz?

## Erfolgreicher Klimaschutz muss kosteneffizient gestaltet sein

*Energiefressende Glühlampen werden aus den Verkaufsregalen verbannt, für die energetische Sanierung des Eigenheims winken Fördergelder und neu zugelassene Pkws dürfen ab dem Jahr 2015 beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß streng definierte Emissionsobergrenzen nicht überschreiten. Dies sind nur einige Beispiele für staatliche Maßnahmen zum Schutz des Klimas. PD Dr. Andreas Löschel, Leiter des Forschungsbereichs Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW, hält viele davon für Symbolpolitik. Er rät beim Klimaschutz zum Einsatz marktkonformer Instrumente.*

**Die Politik greift immer stärker regulierend in den Klimaschutz ein. Bringt staatlicher Interventionismus tatsächlich mehr Klimaschutz oder droht nur mehr Bürokratie?**

Staatlicher Interventionismus hilft nicht weiter. Durch das Glühlampenverbot etwa sollen ab dem Jahr 2012 rund 15 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden. Dies entspricht gerade einmal vier Promille der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa. Das ist irrelevant, wenn man über Europa hinaus schaut: Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in China betragen 5.000 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Allein der jährliche Anstieg der Emissionen beläuft sich auf etwa 550 Millionen Tonnen. Das heißt, durch das Glühlampenverbot in Europa wird das CO<sub>2</sub>-Wachstum in China gerade einmal um eine Woche verzögert. Für das Klima ist es aber unerheblich, wo das CO<sub>2</sub> ausgestoßen wird. Das Glühlampenverbot ist also eher Symbolpolitik. Auch fortgesetzter staatlicher Interventionismus wird nicht ausreichen, um das Klimaproblem zu lösen. Stattdessen führt er zu mehr Bürokratie und fördert eher die Ablehnung klimapolitischer Maßnahmen durch die Bürger.

**Warum setzen die Europäer beim Klimaschutz nicht verstärkt auf das Instrument des EU-Emissionshandels?**

Der EU-Emissionshandel war in den ersten Jahren ein Experiment nicht gekannten Ausmaßes. Es gab dabei natürlich verschiedene Kinderkrankheiten, etwa die generöse freie Zuteilung der Zertifikate durch die Mitgliedssta-

ten. Die Preise schwankten daher stark und lagen lange Zeit nahe Null. Daraus schließen viele, dass der Emissionshandel insgesamt nicht in der Lage ist, substantielle Emissionsminderungen und ein rasches Umsteuern auf eine CO<sub>2</sub>-arme Ökonomie zu erreichen. Dies sehe ich anders.

Wenn ab dem Jahr 2013 eine Tonne CO<sub>2</sub> zum Beispiel 30 Euro kostet und die Emissionszertifikate hauptsächlich versteigert werden, wird eine ganz andere Dynamik zu beobachten sein. Marktnahe erneuerbare Energien werden davon profitieren und könnten durch eine einheitliche Förderung zusätzlich unterstützt werden.

**Wie könnte mit dem geringsten Kostenaufwand möglichst viel Klimaschutz erreicht werden?**

Wichtig ist: Die Entscheidung über Art und Umfang der Emissionsvermeidung sollte grundsätzlich den Akteuren überlassen bleiben. Nur sie alleine kön-

nen die damit verbundenen Kosten beziehungsweise den damit verbundenen Verlust an Lebensqualität einschätzen. Andere Ansätze wie das Glühlampenverbot beschneiden unnötig diese Entscheidungsfreiheit und führen zu Zusatzkosten gegenüber einem Emissionshandelssystem oder einer CO<sub>2</sub>-Steuer. Besser wäre es, mehr Information – etwa über Energiesparmöglichkeiten – bereitzustellen, die Ziele im Emissionshandelssystem ambitioniert zu gestalten und den Emissionshandel sektoral und regional rasch auszuweiten.

Nur ein möglichst globaler Ansatz hilft uns wirklich weiter. Da einige Sektoren für einen Emissionshandel nach europäischem Muster nicht geeignet sind, sollten für diese Bereiche zusätzlich CO<sub>2</sub>-Steuern eingeführt werden. Umfassender Emissionshandel und CO<sub>2</sub>-Steuern führen so zu einem einheitlichen Preis für Emissionsminderungen und sichern damit geringste Kosten beim Klimaschutz. Die ökonomische Effizienz der Klimapolitik ist aus meiner Sicht eine Voraussetzung für die politische Durchsetzbarkeit des notwendigen Klimaschutzes – nicht nur in Europa.

Andreas Löschel, [loeschel@zew.de](mailto:loeschel@zew.de)  
Kathrin Böhmer, [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)



PD Dr. Andreas Löschel leitet seit dem Jahr 2007 den Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Energiepolitik und die Ökonomie des Klimawandels. Des Weiteren beschäftigt er sich mit Fragen der Ausgestaltung von umwelt- und wirtschaftspolitischen Instrumenten. Löschel berät in umweltökonomischen Fragen unter anderem das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament.



# Deutsche Unternehmen sollten mehr in Forschung und Entwicklung investieren

*Innovationen verbessern Produkte und Dienstleistungen und helfen Kosten zu sparen, etwa durch effizientere Prozessabläufe in der Produktion. Innovationen stärken somit die Position von Unternehmen im Wettbewerb und fördern dadurch Wachstum und Beschäftigung. Wie aber ist es um die Innovationskraft Deutschlands im Vergleich zu anderen entwickelten Volkswirtschaften bestellt?*

Obwohl die Bedeutung des Dienstleistungssektors in Deutschland steigt, trägt das Verarbeitende Gewerbe immer noch rund ein Viertel zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung bei. Im Vereinigten Königreich oder den Vereinigten Staaten liegt dieser Anteil bei nur 13 Prozent. Eine starke Industrie ist vorteilhaft, da von ihr häufig Innovationen ausgehen, die für den Dienstleistungsbereich von Bedeutung sind. Als besonders innovativ gilt in der Industrie die Spitzentechnologie. Aber die Hochwertige Technologie betreibt ebenfalls verstärkt Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE). Die Industrieunternehmen in Deutschland sind maßgeblich auf die Branchen der Hochwertigen Technologie spezialisiert. Insbesondere der deutsche Maschinenbau, die Elektroindustrie und die Automobilindustrie spielen eine herausragende Rolle. Sie tragen hierzulande fast 45 Prozent zur gesamten Wertschöpfung der Industrie bei.

Dies spiegelt sich in der Beschäftigungssituation wider. So sind rund 14 Prozent aller Erwerbstätigen des Verarbeitenden Gewerbes hierzulande im Maschinenbau beschäftigt. Der entsprechende Wert für die Automobilindustrie liegt bei 11 Prozent. Eine ähnlich hohe Bedeutung dieser traditionellen Industriezweige ist nur noch in Schweden zu finden.

Allerdings ist die deutsche Volkswirtschaft deutlich weniger auf Spitzentechnologie-Branchen spezialisiert. Der Anteil der Spitzentechnologie an Wertschöpfung und Beschäftigten ist im internationalen Vergleich deutlich niedriger als in Ländern wie etwa Japan,

den Vereinigten Staaten, Schweden oder Frankreich.

Ein wichtiges Maß für die Innovationsstärke einer Volkswirtschaft sind die Ausgaben für FuE. FuE ist als die Produktion und praktische Anwendung von neuem Wissen definiert und beinhaltet Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung. Die Ausgaben für FuE sind in Deutschland über die Jahre relativ konstant geblieben. Sie liegen bei 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und damit unter der EU-Zielsetzung von drei Prozent. Die staatliche FuE-Förde-

rend ist der Anstieg der relativen Forschungsausgaben in China. Im Jahr 1991 lagen die FuE-Ausgaben Chinas noch bei 0,7 Prozent des BIP, im Jahr 2007 bereits bei 1,5 Prozent.

## Deutsche Unternehmen sind innovativ

Die FuE-Ausgaben der Unternehmen in Deutschland sind in der Automobilindustrie besonders hoch und spiegeln die große Bedeutung dieser Industrie für die deutsche Volkswirtschaft wider. Dagegen sind die FuE-Ausgaben der Unternehmen in der elektrotechnischen und optischen Industrie, also in Feldern der Spitzentechnologie, in Deutschland über die vergangenen Jahre etwas gesunken. Erfolgreiche Produkt- oder Prozessinnovationen konnten in den letzten



*In den letzten Jahren sind die Ausgaben für FuE im Bereich der Spitzentechnologie in Deutschland gesunken.*

lung in Deutschland belief sich für das Jahr 2008 auf elf Milliarden Euro. Den stärksten Anstieg der FuE Ausgaben in Relation zum BIP, man spricht hier von der FuE-Intensität, verzeichnete unter den traditionellen Industrieländern Schweden. In den Vereinigten Staaten und Japan wird mehr Geld in FuE investiert als hierzulande. Besonders auffal-

Jahren vor allem die deutsche Telekommunikationsbranche, die Instrumententechnik und die Chemie- und Pharmabranche verbuchen. Daneben sind der Maschinenbau und die Elektroindustrie sehr erfolgreich bei der Markteinführung von Innovationen. Insgesamt sind Unternehmen in Deutschland überdurchschnittlich innovativ. Rund 71 Prozent

## WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland haben in den Jahren 2004 bis 2006 eine Produkt- oder Prozessinnovation eingeführt. In Frankreich war dies bei 59 Prozent der Unternehmen der Fall. In Schweden und im Vereinigten Königreich lag der entsprechende Wert bei 52 und 44 Prozent.

**Steuerliche Anreize für FuE setzen**

Obwohl Deutschland im internationalen Vergleich zu den führenden Volkswirtschaften in der EU im Hinblick auf Innovationsperformanz gehört, hinken die FuE-Aufwendungen der Unternehmen – mit Ausnahme der Automobilin-

dustrie – im internationalen Vergleich hinterher. Forschung und Entwicklung und als Konsequenz Produkt- und Prozessinnovationen sind die maßgeblichen Determinanten für Wachstum und Beschäftigung. Hier kann die öffentliche Hand Anreize setzen. Etwa kann durch eine steuerliche FuE-Förderung eine hohe und schnelle Breitenwirkung erzielt werden. Damit können in Unternehmen, die bisher nicht in den Genuss der stark thematisch-orientierten FuE-Förderung gekommen sind, Anreize zur Investition in FuE gesetzt werden. Einen wichtigen Beitrag zur Dynamik und Erneuerung der deutschen Volkswirtschaft leisten junge innovative Unternehmen, vor allem in

der Spitzentechnologie. In anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, werden diese Unternehmen zeitlich befristet von Steuern und Sozialabgaben befreit, um Innovationsimpulse zu setzen. Um die Wachstumsdynamik in Deutschland zu erhöhen, muss verstärkt in FuE investiert werden. Nur dann können internationale Wettbewerbsvorteile gehalten und ausgebaut werden. Den maßgeblichen Beitrag müssen zwar die Unternehmen leisten. Dennoch kann die Politik durch die Finanzierung von öffentlicher Forschungsinfrastruktur und durch die Förderung von FuE in Unternehmen wichtige Impulse geben.

Dr. Mark Sellenthin, [sellenthin@zew.de](mailto:sellenthin@zew.de)

## KONFERENZEN

## Erste RecapNet-Konferenz am ZEW

Am 30. und 31. Oktober 2009 fand am ZEW die erste Konferenz des Leibniz-Netzwerks Immobilien und Kapitalmärkte (ReCapNet) statt. Das zu Jahresanfang 2009 an den Start gegangene internationale Forschungsnetzwerk hat sich zum Ziel gesetzt, die Konsequenzen der wachsenden Bedeutung der Kapitalmarktfinanzierung für die Immobilienmärkte zu untersuchen.

Im ersten Konferenzbeitrag befasste sich Sau Kim Lum von der Universität Singapur mit dem staatlichen Einfluss auf die Immobilienpreise im Rahmen eines erweiterten konsumbasierten Asset-Pricing-Modells. Anschließend verglich Daniel Kohlert von der Universität Bamberg ökonomische und geographische Diversifikationsstrategien im Immobilienmarkt. Liang Peng von der Universität Boulder, Colorado, arbeitete in seinem Vortrag die Bedeutung des Kreditangebots für die Verstärkung von Immobilienmarktzyklen heraus. Christian Rehring von der Universität Regensburg stellte Ergebnisse seiner Untersuchungen zu den Renditeeigenschaften direkter und indirekter Immobilienanlagen in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich vor. Zwei weitere Vorträge diskutierten

das Entscheidungsverhalten von internationalen Immobilieninvestoren. André Scharmanski vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung untersuchte Pfadabhängigkeiten im Anlageverhalten, während sich Sabine Dörny von der Universität Frankfurt mit dem Einfluss von Ausbildungsstandards befasste.

Die Hypothekenmärkte standen im Mittelpunkt der Vorträge von Christian Hott, Schweizer Nationalbank, und André Ebner, Universität München. Christian Hott stellte ein Modell zur Simulation von Kreditausfällen am Hypothekenmarkt vor, das er mit Daten für die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich und die Schweiz kalibrierte. André Ebner erörterte die Determinanten der nachträglichen Kreditaufnahme von Wohnungseigentümern in den Nieder-



Sau Kim Lum bei ihrem Vortrag.

landen. Die letzten beiden Vorträge der Konferenz widmeten sich den Beziehungen zwischen direkten und indirekten Immobilienanlagen am amerikanischen Immobilienmarkt (Elias Oikarinen von der Turku School of Economics) und befassten sich mit dem Inflationsschutz durch diese Anlageformen im Vergleich (Markus Demary vom Institut der deutschen Wirtschaft, Köln).

Abstracts der Beiträge finden Sie unter: [www.recapnet.org](http://www.recapnet.org)

Dr. Peter Westerheide, [westerheide@zew.de](mailto:westerheide@zew.de)

# Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen

ZEW-Präsident Wolfgang Franz stellte im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahresgutachten 2009/10 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Die vier Vorträge, die am ZEW in Mannheim, in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Brüssel, in der BW-Bank in Stuttgart und bei der EnBW in Karlsruhe stattfanden, stießen auch in diesem Jahr wieder auf außerordentlich große Resonanz.

Zu Beginn seines Vortrags mit dem Titel „Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen“, beschrieb Franz, wie der Sachverständigenrat die derzeitige wirtschaftliche Lage in Deutschland beurteilt und welche Perspektiven er für das Jahr 2010 sieht. Nach dem dramatischen Einbruch der Wirtschaftsleistung im Winterhalbjahr 2008/2009 habe sich die deutsche Konjunktur zur Jahresmitte 2009 wieder stabilisiert, sagte Franz. Auch die über vier Quartale rückläufige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) habe im zweiten Quartal des Jahres 2009 ein Ende gefunden. Für das gesamte Jahr 2009 erwarte der Sachverständigenrat, dass das BIP um fünf Prozent zurückgehen werde. Für das Jahr 2010 prognostiziere er eine leichte Erholung mit einer Zuwachsrate beim BIP von 1,6 Prozent.

## Knapp vier Millionen Arbeitslose

Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen habe sich im Jahr 2009 nur um rund 160.000 Personen erhöht. Diese vor dem Hintergrund der starken Rezession ungewöhnlich robuste Entwicklung des Arbeitsmarkts sei unter anderem dem stark genutzten Instrument der Kurzarbeit zu verdanken. Da die Unternehmen bei einer weiteren Unterauslastung ihrer Kapazitäten die finanziellen Belastungen der Kurzarbeit aber nicht länger tragen könnten, seien im Jahr 2010 Entlassungen in größerem Umfang wohl unvermeidlich. So erwarte der Sachverständigenrat, dass die Anzahl der registrierten Arbeitslosen um etwa 500.000 auf knapp vier Millionen Arbeitslose zum Ende des Jahres 2010 steigen werde.

Der Weg aus der Krise ist für Franz mit vielen Risiken behaftet. Insbeson-

dere könne eine Verknappung der Kreditversorgung der Unternehmen die konjunkturelle Erholung beeinträchti-



Von links: Thomas Kohl, kaufmännischer Direktor des ZEW, Wolfgang Franz, Günther Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Dr. Andreas Löschel, Forschungsbereichsleiter Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement am ZEW, und Joachim E. Schielke, Vorstandsvorsitzender der BW-Bank bei der Vortragsveranstaltung in Stuttgart.

gen. Zwar habe der Sachverständigenrat noch keine flächendeckende Kreditklemme in Deutschland feststellen können. Die Gefahr einer Beeinträchtigung der Realwirtschaft durch den Finanzmarktsektor sei aber dennoch gegeben. Die Banken hätten ihre Bilanzen noch immer nicht vollständig bereinigt und größere Eigenkapitalpuffer seien nicht vorhanden.

## Exit-Strategie empfohlen

Die deutsche Finanzpolitik in der aktuellen Wirtschaftskrise lobte der Chef der Wirtschaftsweisen. Das deutsche Konjunkturprogramm habe die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stabilisiert und einen noch stärkeren Einbruch des BIP verhindert. Auch die Festigung

des Finanzmarktes durch den Finanzmarktstabilisierungsfonds sei richtig gewesen. Als negative Konsequenz sei allerdings die Staatsverschuldung dramatisch gestiegen.

Der neuen Bundesregierung rät der Sachverständigenrat zu einer Exit-Strategie. Um das Wirtschaftswachstum langfristig nicht zu gefährden und der jüngeren Generation keine erdrückende

Schuldenlast aufzubürden, müsse es oberstes Ziel sein, den Staatshaushalt zu konsolidieren. Die Zukunft dürfe durch Nachlässigkeit beim Schuldenabbau nicht aufs Spiel gesetzt werden, betonte Franz. Ferner müsse sich der Staat geordnet aus dem Finanzsektor zurückziehen.

## Willkommene Schuldenbremse

Die Wirtschaftsweisen begrüßen ausdrücklich die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse. Sie sieht vor, dass die „strukturelle“ Neuverschuldung des Bundes maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen darf. Um dies zu erreichen muss im Jahr 2011 erstmals ein dauerhafter Konsolidierungsbetrag von etwa sechs Milliar-

## WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS ERSTER HAND

den Euro eingespart werden, der sich dann von Jahr zu Jahr erhöht. Im Jahr 2016 soll schließlich die grundgesetzlich vorgeschriebene Schuldengrenze eingehalten werden. Bereits unter den optimistischen Erwartungen bezüglich der nominalen Entwicklung des BIP in den nächsten Jahren – die Bundesregierung unterstellt einen Zuwachs von 3,25 Prozent pro Jahr – beläuft sich der allein im Bundeshaushalt durch die Schuldenbremse anfallende Konsolidierungsbetrag auf etwa 37 Milliarden Euro.

### Steuererhöhungen scheinen unausweichlich

Die Berechnungen des Sachverständigenrates zeigten, so Franz, dass die Haushaltskonsolidierung nicht allein durch ein höheres Wirtschaftswachstum erreicht werden könne, auch wenn die Politik diesen Eindruck mitunter erwecke. Um das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt langfristig zurückzuführen, seien vielmehr harte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben notwendig. Das Institut für Weltwirtschaft (IfW) habe alle grundsätzlich kürzbaren Finanzhilfen des Bundes aufgelistet und so ein Sparpotenzial von 23,5 Milliarden Euro für das Jahr 2012 festgestellt. Dies zeige, dass selbst mit



Wolfgang Franz im Gespräch mit Prof. Dr. Peter Frankenberg, Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg (links im Bild) und Thomas Kohl beim Vortrag in Brüssel.

Sparmaßnahmen der Haushalt allein nur schwerlich, wenn überhaupt, konsolidiert werden könne. Darüber hinaus sei es politisch kaum durchsetzbar und nicht unbedingt gesellschaftlich wünschenswert, Transferleistungen im großen Stil zu streichen. Somit führe kaum ein Weg an Steuererhöhungen vorbei – obgleich der Sachverständigenrat diese nicht fordere. Wenn Steuererhöhungen schon unvermeidlich seien, solle man die Steuern anheben, die am wenigsten wachstumsschädlich seien. Dies spreche für eine Erhöhung der Mehrwertsteuer statt der Einkommensteuer oder der Körperschaftsteuer.

### Rückführung der staatlichen Stützungsprogramme

Angewendet auf den Bereich der Finanzmärkte bedeute die Exit-Strategie des Sachverständigenrates in erster Linie eine schrittweise Rückführung der staatlichen Stützungsprogramme. Des Weiteren regen die Wirtschaftsweisen eine Reform der Finanzmärkte an. So sollte beispielsweise ein Stabilitätsfonds in Europa eingerichtet werden. In diesen sollten grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute eine Abgabe einzahlen. Deren Höhe sollte vom Ausmaß ihrer Systemrelevanz abhängig sein. Dies hätte den Vorteil, dass der private Sektor im Ernstfall selbst für einen Teil der Kosten von systemischen Krisen aufkommen könnte.

Ferner mahnen die Wirtschaftsweisen Veränderungen in den Bereichen Vergütungssysteme der Manager sowie Eigenkapitalregulierung an. Die Bankenaufsicht, so Franz, solle unter dem Dach der Deutschen Bundesbank konzentriert werden.

### Bei der Bildung in die Offensive gehen

Um Wohlstand, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland langfristig zu sichern, müsse der Bildungspolitik höchste Priorität eingeräumt werden, machte Franz zum Abschluss seines Vortrags deutlich. Das deutsche Bil-



Wolfgang Franz bei seinem Vortrag in Karlsruhe mit Hans-Peter Villis, Vorsitzender des Vorstands EnBW Energie Baden-Württemberg AG (links im Bild).

dungssystem müsse im internationalen Vergleich vom Mittelfeld auf einen der vorderen Ränge aufrücken. Hierzu sei es notwendig, darauf hinzuwirken, dass nicht länger das Elternhaus für einen guten Schulabschluss des Kindes entscheidend sei. Dazu müssten die frühkindliche Erziehung sowie ein verpflichtendes Vorschuljahr, das insbesondere Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern zugute komme, eingeführt werden. Des Weiteren, so schlägt der Sachverständigenrat vor, sollten Ganztagschulen flächendeckend eingeführt werden, um Kinder ohne häusliche Unterstützung besser fördern zu können.

### Mehr Autonomie für die Schulen

Für ein langfristig höheres Bildungsniveau seien allerdings auch verstärkt Anstrengungen der Schulen selbst erforderlich, betonte Franz. Ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Schulen um Schüler und damit um öffentliche Finanzmittel, zusammen mit einer höheren Autonomie der Schulen, beispielsweise im Hinblick auf das Erreichen der Klassenziele und der Einstellung von Lehrkräften, könnte entsprechende Anreize für Leistungssteigerungen an unseren Schulen geben.

Kathrin Böhmer, [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)

## KONFERENZEN

# Dritte Konferenz des Leibniznetzwerks „Nichtkognitive Fähigkeiten“

Ende Oktober 2009 nahmen rund 60 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der dritten internationalen Konferenz des Leibniznetzwerks „Nichtkognitive Fähigkeiten: Erwerb und ökonomische Konsequenzen“ teil. Das Netzwerktreffen fand am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin statt. Organisiert hatten es das ZEW und das Sozio-oekonomische Panel. In dem durch die Leibniz-Gemeinschaft geförderten Netzwerk arbeiten Psychologen, Ökonomen, Ökonometiker und Umfrageforscher zusammen, um den Wissensstand über nichtkognitive Fähigkeiten, wie etwa Ausdauer, Motivation und Geduld, zu verbessern.

Gert Wagner, Leiter des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), eröffnete die Netzwerkkonferenz. Er hob die Bedeutung des Leibniz-Netzwerks bei der Analyse nichtkognitiver Fähigkeiten in repräsentativen Umfragen hervor. Neben neuartigen experimentellen Tests zur Ungeduld von Kindern soll die Messung von Selbstkontrolle und Persönlichkeit in den zukünftigen SOEP-Umfragen intensiviert werden.

## Fähigkeit zur Selbstregulierung steuert Schulleistung

Der Berliner Persönlichkeitsforscher Jens Asendorpf referierte seine umfangreichen psychologischen Forschungen zur Selbstregulation von Kindern auf Basis der so genannten Logik Studie. Er legte dar, dass die im Kindergartenalter von etwa vier Jahren gemessenen Persönlichkeitstypen die weitere Entwicklung bis ins junge Erwachsenenalter prognostizieren. So scheitern als Jugendliche und junge Erwachsene in der Schule etwa 20 Prozent der Kinder, die bereits im Kindergartenalter über zu wenig Selbstkontrolle verfügen. Die Motivationspsychologinnen Anja Achtziger und Ute Bayer konnten mit ihrer neuen Längsschnittstudie bestätigen, dass eine gute Selbstregulation zu besseren Noten beiträgt. Noch vorläufige Ergebnisse der ZEW-Südwestmetall Studie zu benachteiligten Jugendlichen in Baden-Württemberg, die Johannes Gernandt vom ZEW vorstellte, weisen in eine

ähnliche Richtung. Die internationale Vergleichsstudie, die Andrea Mühlenweg vom ZEW präsentierte, machte deutlich, dass Gewalt zwischen Schülerinnen und Schülern in Abhängigkeit vom Einschulungsalter negative Auswirkungen auf die Schulleistungen hat.

## Neue Ergebnisse aus der Suchtforschung

Neue Ergebnisse aus der Suchtforschung berichtete Dorothea Bloymeyer. Sie zeigte auf, dass es zwar einen Zusammenhang zwischen genetischen Faktoren und unangemessen hohem Alkoholkonsum bei 15jährigen gibt. Dieser wird jedoch durch Verhaltensmerkmale, insbesondere durch die Suche nach neuen Erfahrungen, moderiert. Eine Reihe von weiteren innovativen Untersuchungen mit neuartigen Datenstrukturen und verbesserten Methoden arbeitete die Rolle der Gesundheit (Philipp Eisenhauer, Remi Piatek, Daniel Schunk), der Arbeitsbedingungen von Müttern (Christina Felfe) und der nichtkognitiven Fähigkeiten von Müttern (Fabian Kosse, Malte Sandner) für die Entwicklung von Kindern heraus. Ebenso wurde der Einfluss des familiären Umfeldes (Astrid Rasmussen, Karsten Reuß, Haroon Showdry, Thomas Siedler, Lara Tavares) sowie des Haushaltseinkommens (Emma Tominey) auf die kindliche Entwicklung untersucht.

Verena Niepel zeigte auf, dass bereits im Alter von sieben Jahren gemessene Persönlichkeitsmerkmale helfen,

die Arbeitslosigkeitsdauer im mittleren Erwachsenenalter zu verstehen. Amy Challen referierte über die Wirkungen eines umfassenden staatlichen Programms zur Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und Ausdauer von Kindern im Alter von elf Jahren in Großbritannien. Die Bedeutung der Persönlichkeit im Erwachsenenalter für Arbeitsmarktergebnisse wurde von Stefan Baron (lebenslanges Lernen), Verena Tobsch (Karrieren von Frauen), Susi Kusche (Fehlzeiten), Laura Wichert (Arbeitszufriedenheit, Wechsel des Arbeitsplatzes) erörtert. Reinhard Drobetz stellte eine neue Methode vor, wie Zeitpräferenzen im Alter besser gemessen werden können und Anja Achtziger referierte über die Zusammenhänge zwischen unterschiedlichen Lernstrategien und Gehirnaktivitäten.

## Vertrauensvollere Bürger in den Vereinigten Staaten

Im Schlussreferat stellte Michael Näf von der Royal Holloway University London die neuesten Ergebnisse aus der international vergleichenden experimentellen Vertrauensforschung vor, die in Zusammenarbeit mit Ernst Fehr und dem SOEP erarbeitet wurden. Die Studie zeigt, dass die Testpersonen in den Vereinigten Staaten mehr Vertrauen in ihr Gegenüber zeigten als dies in Deutschland der Fall war. Interessanterweise geht dies sowohl auf eine geringere Risikoaversion der Probanden in den Vereinigten Staaten wie auch auf eine höhere „Gleichheitspräferenz“ der dortigen Testpersonen zurück.

Die abschließende Netzwerk-Konferenz wird Ende Oktober 2010 in London stattfinden. Sie wird vom ZEW in Zusammenarbeit mit dem Center for the Economics of Education an der London School of Economics organisiert.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, [pfeiffer@zew.de](mailto:pfeiffer@zew.de)

## ZEW INTERN

## ■ Vernissage zur Ausstellung „Die Rückseite der Mauer war bunt“ am ZEW

Den Fall der Berliner Mauer vor 20 Jahren würdigt das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim mit einer Ausstellung von Mauer-Fotos des in Dresden lebenden Künstlers Piet Joehnk. Höhepunkt der Ausstellung, die noch bis zum 22. Dezem-

ber 2009 in den Räumen des ZEW besichtigt werden kann, war am 9. November, dem Jahrestag des Mauerfalls, eine Vernissage mit dem Künstler und 170 geladenen Gästen. Zu Beginn der Vernissage wertete der Präsident des ZEW,



Von links: Wolfgang Franz, Piet Joehnk, Henry Keazor, Thomas Kohl.

ber 2009 in den Räumen des ZEW besichtigt werden kann, war am 9. November, dem Jahrestag des Mauerfalls, eine Vernissage mit dem Künstler und 170 geladenen Gästen. Zu Beginn der Vernissage wertete der Präsident des ZEW,

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, den Fall der Mauer als einen der großen Momente deutscher Geschichte. Wie in einem wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitut nicht anders möglich, beschäftigte Franz sich dann in einem kurzen Exkurs mit dem Stand der

neuen Bundesländer würden zu einem deutschen Mezzogiorno, sei nicht eingetroffen. Vielmehr habe es einen enormen Aufholprozess gegeben, den man nicht klein reden solle.

Die Mauer-Fotos von Piet Joehnk sowie die darauf zu sehenden Graffitis, Sprüche und Szenen analysierte Professor Henry Keazor. Der Inhaber eines Lehrstuhls für Kunstgeschichte an der Universität des Saarlandes schlug einen Bogen von den Fassadenmalereien der Renaissance bis zu den Mauer-Bildern. Viele von diesen, so Keazor, seien ein Protest gegen die deutsche Teilung gewesen. Neben der Thematisierung politischer, gesellschaftlicher und zeitgeschichtlicher Fragen sei die Bemalung der Mauer aber auch der Versuch gewesen, aus einem unwirtlichen, von hässlichem Beton geprägten „Un-Space“ inmitten einer Großstadt „Space“ zu machen und diesen unwirtlichen Zustand somit nicht einfach zu akzeptieren. Mit dem Fall der Mauer seien viele der ursprünglichen Malereien und Sprüche verloren gegangen. Piet Joehnk komme das Verdienst zu, mit seinen Fotografien einen Teil dieser einmaligen Zeitdokumente bewahrt und mit einer ganz eigenen Ästhetik im Bild festgehalten zu haben.

## ■ Forstwissenschaftler aus Finnland zu Gast am ZEW

Im Rahmen eines Forschungssymposiums am 27. Oktober 2009 begrüßte der Forschungsbereich Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement eine Delegation aus dem finnischen Institut für Waldforschung „Metla“. Metla ist mit über 800 Mitarbeitern Europas größtes Forschungszentrum für forstwirtschaftliche Fragestellungen.

Die finnische Delegation bestand aus fünf Forschern mit naturwissenschaftlichem und ökonomischem Hintergrund, die sich unter anderem mit der Modellierung der Forst- und Energiewirtschaft befassen. Forstwirtschaftliche Fragestellungen sind im waldreichen Finnland sehr eng mit energie-

und klimaökonomischen Themen verbunden, etwa über die Nutzung von Biomasse als Energieträger oder aufgrund der Funktion von Holz und Waldboden als Kohlenstoffsinken.

Hieraus ergeben sich Schnittpunkte mit den Arbeiten des ZEW, beispielsweise auf dem Gebiet der Modellierung ökonomischer Zusammenhänge mittels rechenbarer allgemeiner Gleichgewichtsmodelle und bei der Erforschung von Anpassungsprozessen an den Klimawandel. Im Moment hält sich eine Forscherin von Metla als Gastwissenschaftlerin am ZEW auf, um gemeinsam mit ZEW-Wissenschaftlern die Auswirkungen des EU-Energie- und Klimapa-

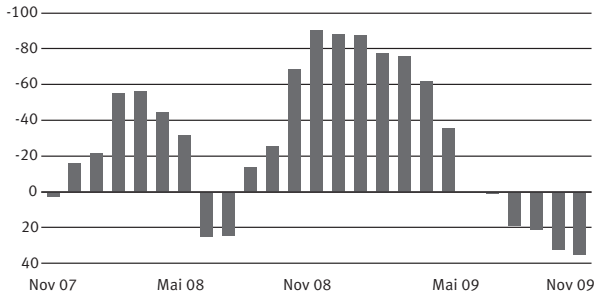
ketes auf die Wettbewerbssituation der Papier- und Zellstoffindustrie zu untersuchen. Dazu soll das von Metla entwickelte Partialmodell der Papier- und Zellstoffindustrie mit dem rechenbaren Gleichgewichtsmodell PACE des ZEW gekoppelt werden.

Während des Symposiums ergab sich nach den entsprechenden Vorträgen eine weitere lebhafte Diskussion über die Möglichkeiten, die internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit in diesen Themenfeldern auszubauen und weitere konkrete Kooperationsmöglichkeiten auszuloten.

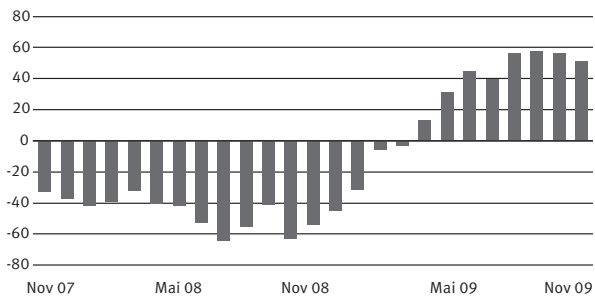
Andreas Löschel, [loeschel@zew.de](mailto:loeschel@zew.de)  
Daniel Osberghaus, [osberghaus@zew.de](mailto:osberghaus@zew.de)

**DATEN UND FAKTEN**

**ZEW-Finanzmarkttest im November 2009**



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

**EZB: Auslaufen unkonventioneller Maßnahmen**

62,7 Prozent der Finanzmarktexperten erwarten, dass die Zinsen im kommenden halben Jahr auf dem bisherigen Niveau von einem Prozent bleiben. Dies deckt sich mit dem geldpolitischen Statement der EZB, wonach die Zentralbank einen Leitzins von einem Prozent für angemessen hält. Dennoch deutete EZB-Präsident Trichet an, dass unkonventionelle Maßnahmen graduell auslaufen werden. Dies spiegelt sich in den Erwartungen wider. Der Anteil derer, die eine Erhöhung der kurzfristigen Zinsen erwarten, ist auf 36,2 Prozent gestiegen.

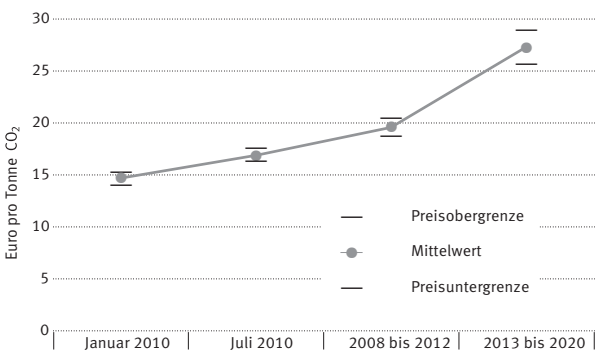
Sandra Schmidt, [s.schmidt@zew.de](mailto:s.schmidt@zew.de)

**Euroraum: Erholung geht langsam voran**

Die Konjunkturerwartungen sind im November um 5,1 auf 51,8 Punkte gefallen. Gleichzeitig hat sich die Bewertung der aktuellen Lage im Euroraum um 5,1 auf minus 70,3 verbessert. Dies signalisiert, dass sich die Wirtschaft bereits im Erholungsprozess befindet, dass auf Sicht von sechs Monaten aber nicht mit einer stärkeren Wachstumsdynamik zu rechnen ist. Positiv auf die Konjunktur dürfte sich die Erholung des Welthandels auswirken, ein Unsicherheitsfaktor ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes und des privaten Konsums

Sandra Schmidt, [s.schmidt@zew.de](mailto:s.schmidt@zew.de)

**KfW/ZEW-CO<sub>2</sub>-Indikator:  
Leichter Anstieg der CO<sub>2</sub>-Preise erwartet**

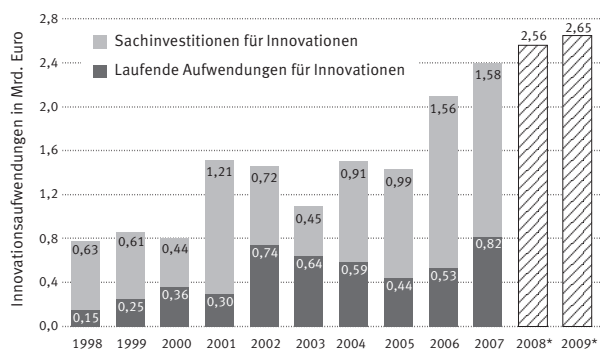


Quelle: ZEW

Die im Rahmen des KfW/ZEW-CO<sub>2</sub>-Indikators befragten Experten erwarten bis Januar 2010 einen Preis zwischen 14 Euro und 15,30 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>. Bis Juli 2010 wird der Preis für CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate (European Emission Allowances) im Durchschnitt zwischen 16,30 Euro und 17,60 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> gesehen. Die kurzfristigen Preiserwartungen sind damit im Vergleich zur Jahresmitte nur leicht gestiegen. Die langfristigen Preiserwartungen blieben insgesamt stabil. So wird für den Zeitraum 2013 bis 2020 ein Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises auf bis zu 28,90 Euro erwartet.

Peter Heindl, [heindl@zew.de](mailto:heindl@zew.de)

**Innovationsaufwendungen in der Energie- und Wasserversorgung 1998-2009**



\* Planzahlen von Mitte 2008.

Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Energie- und Wasserversorgungsunternehmen in Deutschland haben auf die Herausforderungen der Marktöffnung, der notwendigen Effizienzsteigerungen sowie eines klimafreundlicheren Energiemixes mit einer kräftigen Ausweitung ihrer Innovationsaufwendungen reagiert. Die Ausgaben für neue Prozesse, Produkte und Dienstleistungsangebote legten von 1,43 (2005) auf 2,4 Milliarden Euro (2007) zu und sind 2008 voraussichtlich weiter auf 2,56 Milliarden Euro gestiegen. Selbst für 2009 ist trotz der schwierigen Wirtschaftslage eine weitere Erhöhung der Innovationsbudgets auf 2,65 Milliarden Euro geplant.

Dr. Christian Rammer, [rammer@zew.de](mailto:rammer@zew.de)

## STANDPUNKT



## Koalitionsvertrag

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem neuesten Jahrgutachten den Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP daraufhin überprüft, ob er den mannigfachen wirtschaftspolitischen Herausforderungen, vor denen die Bundesregierung in den nächsten Jahren steht, gerecht wird. Der Sachverständigenrat kommt zu dem Ergebnis, dass der Koalitionsvertrag trotz einer Reihe positiver Aspekte nur bedingt den Schluss zulässt, die Wirtschaftspolitik sei sich des Ausmaßes dieser Herausforderungen bewusst. Worin bestehen diese Herausforderungen und warum gelangt der Rat zu dieser Einschätzung?

Konkret muss es aus wirtschaftspolitischer Sicht in den nächsten Jahren darum gehen, erstens eine „Exit-Strategie“ vorzubereiten und umzusetzen, welche mit den Hinterlassenschaften der Finanz- und Wirtschaftskrise aufräumt, ohne die konjunkturelle Stabilisierung zu gefährden. Diese Exit-Strategie muss die Finanzpolitik, die Finanzmarktstabilisierung und die Geldpolitik umfassen. Sie beinhaltet die Verringerung der staatlichen Neuverschuldung, die schrittweise Rückführung der Stützungsprogramme in der Realwirtschaft ebenso wie im Finanzsektor sowie die Abkehr von der unbegrenzten Liquiditätsversorgung durch die Zentralbanken.

Diese Rückzugsstrategie muss zweitens mit Zukunftsinvestitionen verbunden werden, die verhindern, dass Deutschland dauerhaft auf einen niedrigeren Wachstumspfad einschwenkt. Zentrale Handlungsfelder sind in diesem Zusammenhang die Bildungs- und Innovationspolitik. Im Bildungsbereich muss vor allem einer wichtigen Erkenntnis der Bildungsökonomie gefolgt werden, wonach der Ertrag von Bildungsinvestitionen umso höher ausfällt, je früher im Lebenszyklus diese erfolgen.

Neben der fragilen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung stellen diese Anforderungen den Hintergrund dar, vor dem der Koalitionsvertrag zu beurteilen ist. Als positive Aspekte sind deren drei zu nennen. Der Koalitionsvertrag spricht bei der Re-

form der Finanzmarktordnung mehrere richtige Regulierungsmaßnahmen an, hätte indes auf die notwendige Verlagerung von Aufsichtskompetenzen auf die supranationale Ebene mehr Gewicht legen müssen. Bildung und Innovationen nehmen im Koalitionsvertrag zu Recht einen hohen Stellenwert ein, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Kompetenzen des Bundes im Bildungsbereich begrenzt sind. Gleichwohl hätte man sich eine konkret formulierte Bildungsoffensive gewünscht. Diesem Erfordernis ist der Sachverständigenrat mit einem diesbezüglichen Zehn-Punkte-Plan nachgekommen. Schließlich enthält der Koalitionsvertrag einige Maßnahmen, die der Verbesserung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland dienen, wie etwa Korrekturen bei der Unternehmensbesteuerung und Erleichterungen bei der Befristung von Arbeitsverträgen. Zwar wird ein einheitlicher gesetzlicher Mindestlohn abgelehnt, jedoch von den mindestens ebenso bedenklichen branchenspezifischen Mindestlöhnen ist keine Rede.

Vernichtend fällt das Urteil des Sachverständigenrates hinsichtlich der Ausführungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aus. Statt einer konsequenten Konsolidierungsstrategie, die ab dem Jahr 2011 einsetzen müsste, finden sich lediglich Ankündigungen, konkrete Angaben fehlen völlig. Schlimmer noch, ohne auf die Finanzierung einzugehen, werden zusätzliche steuerliche Entlastungen in einem Gesamtvolumen von 24 Milliarden Euro versprochen. Stattdessen ergeht sich der Koalitionsvertrag in Mutmaßungen, indem er suggeriert, der Konsolidierungsbedarf von 37 Milliarden Euro bis zum Beginn der Schuldenbremse beim Bund im Jahr 2016 erledige sich durch höheres Wirtschaftswachstum von selbst. Zwar erleichtert ein höheres Wachstum die Konsolidierungsaufgabe, kann sie aber keinesfalls lösen. Konsolidierung erfordert harte Einschnitte. Da alle im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen explizit unter Finanzierungsvorbehalt gestellt werden, müssen die in Aussicht gestellten Steuererleichterungen für geraume Zeit auf der Wunschliste bleiben.

Kurzum es gilt, die Zukunft nicht aufs Spiel zu setzen.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de), [www.zew.eu](http://www.zew.eu)  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

**Redaktion:** Kathrin Böhmer, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [boehmer@zew.de](mailto:boehmer@zew.de)  
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009